

Die EU hat eine strategische „militärische“ Reserve für Kiew aufgebaut

***Die EU – bestehend aus Regierungen, die das eine versprechen und das andere tun – hat dem ukrainischen Volk ihr Gift verabreicht.***

21. Juli 2026 | Hugo Dionísio

### **Einleitung: Von der „Solidarität“ zur Strategie**

Als Russland im Februar 2022 erstmals in die Ukraine einmarschierte, reagierte die EU mit einer in der Geschichte des Blocks beispiellosen Schnelligkeit und Großzügigkeit. Angesichts dessen, was wir heute über Frontex wissen – die Milliarden, die die Europäer dafür zahlen, dass in den Randländern der EU regelrechte Konzentrationslager errichtet werden –, oder angesichts dessen, was wir darüber wissen, wie die europäischen Völker in der Regel mit Einwanderern umgehen, die dort wirtschaftlichen Schutz suchen, könnten wir in die Irre geführt worden sein.

Was war diesmal geschehen? Einige spekulierten über Hautfarbe, blonde Haare und blaue Augen, während andere wiederum von der viel gepriesenen weiblichen Schönheit slawischer Frauen verzaubert waren; doch all das hatte in anderen Situationen keine Rolle gespielt, in denen die NATO, die USA und die EU – der Westen – beschlossen hatten, ihre militärische Macht gegen Bevölkerungsgruppen einzusetzen, die als minderwertig galten oder als besonders disziplinierungsbedürftig angesehen wurden. Nämlich im Fall Jugoslawiens und bis heute Serbiens.

Was war das schließlich für eine westliche „Großzügigkeit“, so außergewöhnlich wie beunruhigend, die zur fast sofortigen Aktivierung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz führte – einem Mechanismus, der nach den Balkankriegen geschaffen, aber nie angewendet worden war? Hatte eine Erleuchtung der Reue stattgefunden? Ein Anflug von Selbstbewusstsein?

Millionen ukrainischer Bürger wurden mit dem Recht auf Aufenthalt, Arbeit, Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung aufgenommen. Alles, was als unmöglich gilt, Einwanderern mit von der Mittelmeersonne gebräunter Haut zu garantieren, wurde den ukrainischen Flüchtlingen ohne Weiteres gewährt. Ohne die Solidarität mit den Kriegsflüchtlingen in irgendeiner Weise herabsetzen zu wollen, ist es doch schockierend zu sehen, dass dieser echte Versuch, das historische Gedächtnis zu beschönigen, ausgerechnet von jenen ausgeht, die hinter dem Ausbruch des Konflikts standen, von jenen, die Völkern wie den Palästinensern, Libyern, Syrern oder Irakern – die ebenfalls Opfer der Aggressionslogik der NATO, der USA und ihres europäischen Ablegers sind – stets eine solche Solidarität verweigert haben.

In diesem Fall war es anders! Auf der anderen Seite stand der russische Buhmann, stand Wladimir Putin, der zum schlimmsten Diktator der Menschheitsgeschichte hochstilisiert wurde, während Westeuropa vergessen hatte, dass es Menschen wie Hitler oder Mussolini hervorgebracht hatte – so vergessen, wie sie Zielscheibe historischer Schönfärberei und revisionistischer Umschreibungen

sind, die darauf abzielten, diejenigen, die am stärksten gegen den Nazifaschismus gekämpft hatten und dessen Opfer waren, mit deren Gleichgesinnten gleichzusetzen.

Man kann auch sagen, dass die Russische Föderation Millionen von Ukrainern aufgenommen hat. Das stimmt! Aber diese Aufnahme war keineswegs außergewöhnlich oder unerwartet. Schließlich hat die Russische Föderation stets behauptet, einer der Gründe für ihre Intervention in der Ukraine sei die Notwendigkeit, die russischsprachigen Bevölkerungsgruppen der Ukraine zu verteidigen.

Außerdem wussten wir alle, dass die Besorgnis über die Intervention im Donbass schon lange von den Volkskräften an den Kreml weitergeleitet worden war, damit dieser das Massaker an den Russen stoppen würde. Für das russische Volk ist dieser Krieg ein Krieg für die russische Welt, für ihre Sprache, Religion und Kultur. Für ihr Existenzrecht. Etwas, das der Westen nicht akzeptieren kann.

## **I. Die Zahlen, die die Geschichte erzählen**

Nach Angaben des Zentrums für Wirtschaftsstrategie der Ukraine befanden sich im November 2024 noch immer 5,2 Millionen ukrainische Flüchtlinge im Ausland. Davon verließen 3,7 Millionen das Land über die westliche Grenze in Richtung Europa. Über Russland oder Weißrussland sind schätzungsweise etwa 239.000 Menschen geflohen. Weitere 1,3 Millionen wurden laut UNO in Russland oder Weißrussland selbst zu Flüchtlingen.

Wäre die Ukraine grob in ein Drittel Ukrainischsprachige, ein Drittel Sprecher einer Mischung aus Russisch und Ukrainisch und ein Drittel Russischsprachige unterteilt, wäre angesichts der Öffnung der russischen Grenzen ein Massenexodus in diese Richtung zu erwarten gewesen. Es sei denn, die EU hätte ebenfalls ihre Grenzen geöffnet. Dort würde der europäische Traum siegen – derselbe Traum, der die Russische Föderation fast zerstört hätte, der die UdSSR zerstört hatte und der nun droht, die Ukraine zu zerstören. Wünsche dir niemals, zu denen zu gehören, die dich für minderwertig halten!

Man kann sagen, dass dieses Entgegenkommen der EU als wettbewerbsorientiertes Gegengewicht zur natürlichen und zu erwartenden Öffnung Russlands fungierte. Im Grunde wusste die EU, dass viele Ukrainer die Russische Föderation nicht als Feind, sondern als Teil ihrer Welt betrachteten. Die Zahl der Ukrainer aus dem Zentrum – ganz zu schweigen vom Donbass –, die irgendeine Verbindung zur Russischen Föderation hatten, war sehr hoch. In diesem Sinne konnte die EU nicht riskieren, dass für diese Bevölkerungsgruppen die Russische Föderation das einzig mögliche Fluchtziel darstellte.

Diese Haltung zeigt, dass die EU insgeheim – ohne dies jemals zuzugeben – sehr wohl wusste, dass das Regime in Kiew keinen Volkskampf gegen die Russische Föderation führte. In diesem Sinne war die EU angesichts der vorhersehbaren Massenflucht der Bevölkerung zum Handeln gezwungen. Zu Spitzenzeiten waren 16 Millionen Ukrainer aus ihrer Heimat geflohen!

In dieser Phase gewannen die Finanzmittel aus den USA, der EU und dem Vereinigten Königreich für die Massenmedien in Kiew und im Westen stark an Bedeutung, damit diese Nachrichten produzierten, die

1. die Europäer davon überzeugten, diese plötzliche Migrationswelle als etwas Ehrenhaftes und moralisch Gebotenes anzunehmen, wodurch die Angriffe auf Flüchtlinge in der ge-

samten EU gemildert wurden – und zwar nicht nur auf Migranten aus dem Globalen Süden; siehe die Fälle der Verfolgung portugiesischer Einwanderer in Irland;

2. die eher unentschlossenen Ukrainer hinsichtlich ihres Fluchtziels davon überzeugten, dass sie in der EU ein unbeschwertes Leben finden würden.

All dies gipfelte schließlich darin, dass die überwiegende Mehrheit der Ukrainer lieber in den Westen als in den Osten floh. Die Wahrheit ist, dass es für die Russische Föderation sehr schwierig war, mit der „europäischen Anziehungskraft“ zu konkurrieren. Die EU bot Rechte, Sozialleistungen, Arbeitsplätze, Schulen für Kinder und Zugang zur Gesundheitsversorgung, während die Russische Föderation nur ein Russland zu bieten hatte, das durch jahrelange strategische Negativberichterstattung verunglimpft und entmenslicht worden war. Das Angebot war zu verlockend, und selbst viele russischsprachige Ukrainer erlagen schließlich diesem Reiz.

Die „Selbstverständlichkeit“, mit der viele Ukrainer ihre Rettung im Westen sahen, und die scheinbare „Rationalität“ dieser Entscheidung, motiviert durch die außergewöhnliche Politik der „offenen Arme“ gegenüber Flüchtlingen, könnten letztlich eine Art der Kriegsführung mit anderen Mitteln verschleiert haben. Die Zeit sollte denjenigen Recht geben, die so dachten. Was verbarg sich also hinter dieser plötzlichen und außergewöhnlichen Politik der „offenen Arme“ gegenüber ukrainischen „Flüchtlingen“ – von denen viele zum Zeitpunkt der Entscheidung viel zu weit von den umstrittenen Gebieten entfernt waren?

## **II. Die EU heißt willkommen – aber sie kontrolliert**

Die im März 2022 in Kraft getretene Richtlinie über vorübergehenden Schutz gewährte mehr als 4,3 Millionen Ukrainern einen Rechtsstatus in der EU. Deutschland nahm etwa 1,8 Millionen auf, Polen fast 1 Million, Tschechien etwa 380.000. Gerade Länder mit suprematistischen Regierungen, die für ihre fremdenfeindlichen, neofaschistischen und „slawophoben“ Positionen bekannt sind, öffneten ihre Arme am weitesten. Die Folgen einer solchen Entscheidung und die Art und Weise, wie die Bevölkerung sie wahrnahm, zeigen sich im Wachstum – und im Machtgewinn – der extremen Rechten. Auch wenn diese extreme Rechte im deutschen Fall CDU heißt – so wie wir bereits in Portugal gesehen haben, dass sie auch unter dem Namen PSD/CDS auftreten kann.

Tatsache ist, dass dieser Status – was seine Künstlichkeit beweist – mit einem grundlegenden Merkmal einherging: seinem vorübergehenden, dauerhaften und unsicheren Charakter! Dieser Schutz wurde nacheinander verlängert – im Oktober 2023, im Juni 2024 bzw. im Juli 2025 –, jedoch stets mit dem Vorbehalt, dass er eines Tages enden würde. Das Versprechen war einfach: Wenn er endete, müssten die „Flüchtlinge“ zurückkehren oder in einen anderen verfügbaren Rechtsstatus (Arbeit, Studium, Familienzusammenführung) übergehen.

Doch erst im September 2025 bestätigte der EU-Rat seine wahren Absichten und verabschiedete eine Empfehlung zum „Auslaufen des vorübergehenden Schutzes“, in der ein gemeinsamer Rahmen für die Rückkehr in die Ukraine und die Wiedereingliederung der vertriebenen Ukrainer festgelegt wurde. Der europäische Traum endete hier! Schließlich war er nie als dauerhaft gedacht, nicht einmal unter einem anderen Status! Die EU, die sich zunehmend offen gezeigt hatte, entpuppte sich als nichts weiter als eine Art Vorratsbeutel, in dem Arbeitskräfte vorübergehend aufbewahrt wurden, um sie je nach den Erfordernissen des Kriegseinsatzes zur Verfügung zu stellen.

Während die EU die Ukraine hin und her schubste, als wäre sie eine Bowlingkugel, behielt sie die menschlichen Ressourcen, die sie später nutzen konnte, in ihrer Tasche. Vielleicht, um bei den ukrainischen Flüchtlingen eine mentale Grundlage zu schaffen, damit sie vom Ende des europäischen Traums nicht unvorbereitet getroffen würden, tauchten zunehmend unverhülltere politische Botschaften auf: Der dänische Minister Kaare Dybvad Bek erklärte damals, der Plan zielen darauf ab, eine „schrittweise und nachhaltige“ Rückkehr zu gewährleisten. Von Arbeit, Bildung oder dem Aufbau familiärer Bindungen war keine Rede mehr. Der Schwerpunkt verlagerte sich zunehmend auf die Rückkehr. Man könnte sagen, dass die EU auch hier die Kordeln des Beutels öffnete.

Ich habe Mitleid mit denen, die glaubten, die Ukraine sei von der „militärischen Sonderoperation“ überrascht worden. Ich habe Mitleid mit denen, die dachten, das Eingreifen der EU sei spontan und unerwartet gewesen. Das Dokument der RAND Corporation mit dem Titel „Extending Russia“ zeigt deutlich, wie lange dieses Eingreifen bereits vorbereitet worden war. Die Tatsache, dass Angela Merkel und François Hollande schließlich zugaben, dass die Minsker Vereinbarungen dazu dienten, Zeit gegenüber Russland zu gewinnen und die Ukraine zu militarisieren, belegt ebenfalls, dass diese Entwicklung alles andere als unerwartet war. Nur die Ukrainer mögen überrascht worden sein, doch die EU wusste, dass diese Millionen Menschen nicht für immer bleiben würden und dass sich unter ihnen Hunderttausende Männer und Frauen im wehrfähigen Alter befanden.

### **III. Die schrittweisen Kürzungen: Von Großzügigkeit zu Druck und Kiews Reaktion**

Es war daher keine Überraschung, dass wir miterlebten, wie sich die Veränderungen allmählich, heimlich, schleichend und für das ukrainische Volk – insbesondere für diejenigen, die glaubten, vom Westen geschützt zu sein – auf äußerst zynische Weise vollzogen. Heute stehen sie kurz davor, für die Entscheidung, die sie getroffen hatten, teuer zu bezahlen.

Trotz Warnungen und Appellen beharrte die ukrainische Flüchtlingsbevölkerung darauf, nicht nachzugeben. Um sie jedoch zum Einlenken zu zwingen und die Einreise weiterer Flüchtlinge zu verhindern, verabschiedete die deutsche Regierung im November 2025 ein Gesetz, das die Sozialleistungen für Ukrainer, die nach dem 1. April 2025 einreisten, kürzte. Anstelle des Bürgergeldes (563 € für einen alleinstehenden Erwachsenen) sollten sie den Asylbewerber-Satz (441 €) erhalten, etwa 20 Prozent weniger als der ursprüngliche Betrag. Auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung wurde eingeschränkt: Es wurden nur noch die grundlegenden Leistungen übernommen, nicht mehr das gesamte gesetzliche Leistungsspektrum. Die Ukrainer begannen zu begreifen, was es bedeutete, im Westen ein Ausländer zu sein. Der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt äußerte sich unmissverständlich: Wenn keine Bemühungen unternommen würden, eine Beschäftigung zu finden, „würden weitere Kürzungen der Zahlungen folgen“.

In Polen wurden die finanzielle Unterstützung für Familien, die Flüchtlinge aufnehmen (40 Zloty/Tag), und der Einrichtungszuschuss (300 Zloty) bereits im Juli 2024 eingestellt. Ab diesem Zeitpunkt wurden ukrainische Flüchtlinge dazu „ermutigt“, wirtschaftlich selbstständig zu werden. In Irland wurden ebenfalls seit 2024 die wöchentlichen Zahlungen an vom Staat untergebrachte Flüchtlinge gekürzt, mit der Begründung, dass „die Unterkunft selbst einen Teil der Grundbedürfnisse abdeckt“. In Ungarn schließlich wurde sogar beschlossen, die staatlich finanzierte Unterbringung von Flüchtlingen aus den westlichen Regionen der Ukraine, die nun als „sicher“ gelten, einzustellen. „Sicher“ vor den Russen! Aber ... was ist mit den Marionetten des TCC?

Die Botschaft war klar: Die Tür schließt sich. Es ist Zeit zu gehen! Das kam gerade recht angesichts der wiederholten Bemühungen Kiews, die europäischen Länder dazu zu bewegen, Ukrainer im wehrfähigen Alter zur Rückkehr zu zwingen – notfalls sogar mit brutaler Gewalt –, so groß ist ja die Liebe, die das Regime für sie hegt!

Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt versuchte die Ukraine, ihre Diaspora zu rekrutieren. Im Jahr 2025 führte die Regierung Reformen durch, um den Militärdienst attraktiver zu gestalten: befristete Verträge (1–5 Jahre), erhöhte Grundgehälter (50–60 Tausend UAH), Einberufungsprämien und die Möglichkeit, sich seine Brigade selbst auszusuchen.

Wie zu erwarten war, fielen die Ergebnisse äußerst mager aus. Nicht einmal die hohe Beschäftigungsquote unter Flüchtlingen in Deutschland (die seit 2024 von 30 Prozent auf 51 Prozent gestiegen ist) wirkte sich positiv auf die Rekrutierung aus. Selbst ohne soziale Unterstützung zogen es ukrainische Flüchtlinge weiterhin vor, sich im Westen ausbeuten zu lassen, anstatt in der Ukraine zu sterben. Obwohl die Beschäftigungsquote in Polen sogar noch höher lag (über 70 Prozent), schlug sich dies nicht in einer militärischen Rekrutierung nieder. Doch diese Abfolge politischer Maßnahmen auf beiden Seiten des westlichen Lagers würde dazu beitragen, die Existenz einer tiefgreifenden Koordination deutlich zu machen, die darauf abzielt, ukrainische Flüchtlinge als Kanonenfutter für Kiew, die EU, die NATO und die USA zu nutzen.

#### **IV. Die Krise bei den militärischen Personalressourcen und die „Busifizierung“**

Doch nichts schien zu funktionieren. Der patriotische Appell war in einem noch sehr jungen Land, das von ethnischen Spaltungen und historischer Künstlichkeit geprägt ist, so gut wie nicht vorhanden. Nicht einmal der von der USAID vorangetriebene Revisionismus, der insbesondere seit der Orangen Revolution in den Grundschulen gelehrt wird, scheint entscheidend dazu beigetragen zu haben, vielen Ukrainern eine solche patriotische Tiefe zu verleihen. Nach Angaben des OSW-Zentrums für Oststudien wurden in der Ukraine im Jahr 2024 nur etwa 200.000 Menschen rekrutiert – eine Zahl, die nicht ausreichte, um die Einheiten an der Front aufrechtzuerhalten. Nicht einmal der Rückgriff auf Afrikaner, Südamerikaner (aus Drogenkartellen, die zum Lernen in die Ukraine reisten), Mitglieder des IS, Polen, Nordamerikaner oder Kanadier reichte aus, um den Verfall der Front aufzuhalten.

Die Reaktion des Kiewer Regimes bestand in einer brutalen Verschärfung der Wehrpflicht – ganz im Stil der Nazis und im Stil von Regimen, die die Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke ausbeuten. Dies ist vielleicht der große Unterschied zu dem, was geschieht, wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die Aggression real ist und sich gegen ihre Welt und ihre Existenz richtet. In solchen Fällen schließt sich die Bevölkerung dem Kampf an, weil der Befreiungskampf ein Volkskampf ist. Im Iran schließen sich die Menschen angesichts der Aggression seitens der USA, Israels und der Golfstaaten zunehmend zusammen; in Russland waren sie seit dem Vaterländischen Krieg noch nie so geeint; in Kuba lässt sich das Volk – abgesehen von einer Minderheit – nicht einmal von der mittelalterlichen und langwierigen, völkermörderischen Belagerung beirren; in Gaza und Palästina weichen nur wenige von ihrem Standpunkt ab; und in Nordkorea beginnt der hartnäckige Widerstand nun, wirtschaftliche und soziale Früchte zu tragen. In Vietnam, Angola, Mosambik, Guinea und Kap Verde waren die Völker in den Befreiungskampf gegen den Aggressor eingebunden, und es handelte sich um einen Volkskampf. In der Ukraine flieht das Volk! Dieser Krieg ist nicht der ihre!

Tatsache ist, dass die Bewohner der Region im Jahr 2014, als sich der Donbass gegen den Maidan-Putsch auflehnte, ihre Welt verteidigten – viele davon freiwillig. Auf der Seite Kiews sah die Sache anders aus. Die Mobilmachung stieß stets auf Widerstand. Dabei verschweigt die internationale Presse, die unter dem Einfluss der USA und des Zionismus steht, weithin dokumentierte Phänomene wie die „Busifizierung“, die Netzwerke von Schleusern, die Menschen bei der Grenzüberquerung helfen (120 festgenommene Beamte im Jahr 2024, 61 Anklagen, Bestechungsgelder in Höhe von 11,4 Millionen Hrywnja), die 290.000 Fälle von Desertion oder die 2 Millionen Wehrdienstverweigerer – all dies deutet auf einen Krieg hin, der nicht populär ist, zumindest nicht auf ukrainischer Seite. Die Ausnahme von dieser Regel bilden die aggressivsten rechtsextremen Kräfte – die „Asow“, die „Aidar“ und andere neonazistische Gruppen. Diese wollen in der Tat Krieg. Genau wie Selensky, genau wie die NATO.

Da es keinen echten Volksbefreiungskampf gab, war Kiew gezwungen, den Weg derer einzuschlagen, die Arbeiter dazu benutzen, die Kriege der Reichen zu finanzieren – was viel über das wahre Wesen des Regimes aussagt. Das Mobilisierungsgesetz von 2024 (Gesetz Nr. 3633-IX), das am 18. Mai 2024 in Kraft trat, senkte das Mobilisierungsalter von 27 auf 25 Jahre, führte ein obligatorisches digitales Militärregister (Oberih) ein und verschärfte die Ausnahmeregelungen. Auf dem Schlachtfeld waren fast schon ältere Menschen und einige Menschen mit Behinderungen zu sehen. Heute, nach der Ausweitung auf Frauen, ist bereits die Rede davon, das Wehrpflichtalter auf 18 Jahre zu senken.

Das aufschlussreichste Element dieser Realität ist das Phänomen der „Busifizierung“ – der ukrainische Begriff für die gewaltsame Festnahme von Männern auf der Straße, in Restaurants und in Nachtclubs sowie deren Zwangstransport zu Rekrutierungszentren. *Responsible Statecraft* dokumentierte Dutzende solcher Vorfälle, darunter auch Fälle, in denen Männer starben, noch bevor sie überhaupt die Uniform angezogen hatten. Hitler tat dasselbe, als er auf deutschen Widerstand gegen die Fortsetzung seines imperialistischen Krieges stieß. Am Ende gab Hitler dem deutschen Volk die Schuld. Selensky wird dasselbe tun! So verhalten sich diejenigen, die nicht mit dem Volk, unter dem Volk und als Teil des Volkes leben.

Die Lage ist so ernst, dass sich laut dem ukrainischen Verteidigungsministerium etwa 2 Millionen Bürger dem Wehrdienst entziehen, die Mehrheit davon im Ausland. Bis Mai 2025 hatten 45.000 Menschen das Land illegal verlassen, um der Einberufung zu entgehen, und weitere 30.000 waren an der Grenze festgenommen worden. Gegen 290.000 Personen wurden Verfahren wegen Desertion eingeleitet.

## **V. Die Männer im Ausland: Die Konsularkarte**

Um auf diese Krise zu reagieren, ging Kiew in Abstimmung mit der EU noch entschlossener vor und beschloss bereits im April 2024, alle bestehenden Druckmaßnahmen durch die Aussetzung der konsularischen Dienstleistungen für alle Männer im wehrfähigen Alter (18–60 Jahre) im Ausland zu ergänzen. Der Zugang zu Reisepässen, Bescheinigungen und wichtigen amtlichen Dokumenten wurde unterbunden. Es gab nichts, was Kiew nicht riskieren würde, um diese Menschen zurückzuholen ... in den Tod!

Die Botschaft war klar: Meldet euch bei der Armee, oder ihr verliert eure Dokumente. Das Ziel ist klar: Ihr Leben so unerträglich machen, bis die Rückkehr die einzige Option ist.

## **VI. Die EU schließt sich an: Ausschluss von Männern im wehrfähigen Alter**

Wer geglaubt hatte, die EU der „Grundsätze und Werte“ würde sich für sie einsetzen, hätte in eine andere Richtung fliehen sollen. Im Juni 2026 wurde in der Presse bekannt: Die EU erwog, ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter (23–60 Jahre) vom vorübergehenden Schutz auszuschließen. Dieser Vorschlag gewann bei einem Treffen der Innenminister in Luxemburg an Boden. Der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt bestätigte: „Wir haben festgestellt, dass der Zustrom von Personen im wehrpflichtigen Alter in den letzten Monaten zugenommen hat.“ Damit wurde völlig klar, was diese EU unter der „Verteidigung des ukrainischen Volkes“ versteht.

Unterdessen begann Belgien, für die Gewährung von Schutz einen Nachweis über die rechtmäßige Ausreise aus der Ukraine zu verlangen, während Polen hingegen weiterhin denjenigen Schutz gewährt, die sein Staatsgebiet erreichen; allerdings sind aus Warschau erste Anzeichen einer Veränderung zu vernehmen, insbesondere nach der sensationellen Entdeckung des polnischen Regimes, dass völkermordende Nazis in Kiew als Helden verehrt werden. Unter dem Druck ihrer Bevölkerung konnten die polnischen Behörden vor solcher Unmoral nicht länger die Augen verschließen.

Selensky seinerseits hat sich klar ausgedrückt: Männer im wehrfähigen Alter, die das Land verlassen haben, „sollten zurückkehren“, und er forderte die Partnerländer auf, „sich mit diesem Thema zu befassen“. Die EU, die 2022 ihre Türen für alle geöffnet hatte, hat nun damit begonnen, auszuwählen, wer bleiben darf und wer zurückkehren muss. Und diejenigen, die zurückkehren müssen, sind genau jene Männer, die die Reihen der Toten auffüllen können – Leichen, die unweigerlich auf dem Schlachtfeld zurückgelassen werden, wo sie den Russen zum Erfrieren überlassen werden, damit keine Renten gezahlt werden müssen. Einige werden noch weniger Glück haben, denn während sie noch halb am Leben sind, werden ihnen ihre lebenswichtigen Organe entnommen, um sie in einer israelischen oder Golf-Klinik in den Körper eines gerontokratischen Oligarchen zu transplantieren, der am Rande des Todes steht.

## **VII. Die strategische „militärische“ Reserve**

Haben die EU und die NATO dies von Anfang an geplant? Es ist unmöglich, eine konspirative Absicht nachzuweisen. Doch das materielle Ergebnis ist dasselbe, als hätten sie es geplant:

Öffnet die Türen für Millionen von Ukrainern, die von der Anziehungskraft Europas angelockt werden.

Haltet sie mit vorübergehendem Schutz, Sozialleistungen und Rechten im Land.

Wenn sich der Krieg hinzieht und die Ukraine Männer braucht, streicht man die Sozialleistungen, schränkt die Rechte ein, setzt Dokumente aus oder erklärt sie für ungültig.

Erzwingt die Rückkehr – nicht durch direkte Abschiebung, sondern indem man den Aufenthalt unhaltbar macht.

Übergibt die Männer an die ukrainischen Streitkräfte.

Im Wesentlichen hielt die EU sich damit eine Arbeitsarmee (an militärischem Personal) in Reserve, bereit, bei Bedarf ausgebeutet zu werden. Eine solche strategische Reserve hat nicht nur alle Flüchtlinge betrogen, die glaubten, in der EU Schutz zu finden, sondern führte auch dazu, dass das Kiewer Regime das Leben seiner Soldaten noch tiefer verachtete, in der Gewissheit, dass es im Krisenfall

auf den „guten“ Willen seiner europäischen Geldgeber zählen konnte, um – wie es Faschisten tun – jene Ukrainer gewaltsam zu mobilisieren, die sich auf der Flucht vor dem Krieg und auf der Suche nach Frieden an die EU gewandt hatten.

Die EU – bestehend aus Regierungen, die das eine versprechen und das andere tun – hat dem ukrainischen Volk ihr Gift verabreicht. Nun ist die Stunde gekommen, die Ukrainer zu befreien, bis keiner mehr in den Händen seiner Henker ist!

## Quellen und Links

1. **Centre for Economic Strategy of Ukraine:** “Ukrainian Refugees After Three Years Abroad (2026)” – <https://ces.org.ua/en/refugees-fourth-wave/>
2. **OSW (Centre for Eastern Studies):** “Army at a crossroads: the mobilisation and organisational crisis of the Defence Forces of Ukraine (2025)” – <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2025-03-14/army-a-crossroads-mobilisation-and-organisational-crisis>
3. **OSW:** “Ukrainian Armed Forces pin hopes on foreign recruits (2026)” – <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2026-06-15/ukrainian-armed-forces-pin-hopes-foreign-recruits>
4. **OSW:** “Germany is cutting benefits for refugees from Ukraine (2025)” – <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2025-11-20/germany-cutting-benefits-refugees-ukraine>
5. **Responsible Statecraft:** “Ukraine’s ‘Busification’ – forced conscription – is tip of the iceberg (2025)” – <https://responsiblestatecraft.org/ukraine-recruitment-army/>
6. **SCEEUS:** “The Ukrainian Mobilization Challenge: Military and Society During Full-Scale War (2025)” – <https://sceeus.se/en/publications/the-ukrainian-mobilization-challenge-military-and-society-during-full-scale-war/>
7. **NPR:** “Ukraine cancels its consular services for all military-aged men living abroad (2024)” – <https://www.npr.org/2024/05/03/1248863422/ukraine-cancels-its-consular-services-for-all-military-aged-men-living-abroad>
8. **The Washington Post:** “Ukraine moves to cut off consular services for military-age men abroad (2024)” – <https://www.washingtonpost.com/world/2024/04/23/ukraine-consular-services-men-abroad/>
9. **Euronews:** “EU considers tightening protections for military-age Ukrainians (2026)” – <https://www.euronews.com/2026/06/04/eu-considers-tightening-protections-for-military-age-ukrainians>
10. **Euractiv:** “EU may exclude military-age Ukrainian men from protection scheme (2026)” – <https://www.euractiv.com/news/exclusive-eu-weighs-excluding-military-age-ukrainian-men-from-extended-protection-scheme/>
11. **Euronews:** “EU to extend protection for Ukrainian refugees and plan for post-war returns (2025)” – <https://www.euronews.com/my-europe/2025/06/04/eu-to-extend-protection-for-ukrainian-refugees-and-plan-for-post-war-returns>
12. **Council of the EU:** “Protection of displaced Ukrainians: Council adopts recommendation about transition out of temporary protection (2025)” –



- <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/09/16/protection-of-displaced-ukrainians-council-adopts-recommendation-about-transition-out-of-temporary-protection/>
13. **Euronews:** “Refugee allowance and rent compensation: Here’s how benefits for Ukrainians are changing in Europe (2025)” – <https://www.euronews.com/my-europe/2025/04/24/refugee-allowance-and-rent-compensation-heres-how-benefits-for-ukrainians-are-changing-in-europe>
  14. **InfoMigrants:** “Germany: Reduced benefits for Ukrainians who arrived after 31 March 2025 (2026)” – <https://www.infomigrants.net/en/post/69240/germany-reduced-benefits-for-ukrainians-who-arrived-after-31-march-2025>
  15. **Frontliner:** “Ukrainian refugees in Europe: what to expect in 2026 (2026)” – <https://frontliner.ua/en/support-for-ukrainian-refugees-in-the-eu/>
  16. **ICMPD:** “Policy Brief on Ukrainian Refugees (2025)” – [https://research.icmpd.org/wp-content/uploads/2025/02/INTAKE-Policy-Brief-Final\\_10062025\\_EN.pdf](https://research.icmpd.org/wp-content/uploads/2025/02/INTAKE-Policy-Brief-Final_10062025_EN.pdf)
  17. **UK Government (CPIN):** “Country policy and information note: military service, Ukraine (2025)” – <https://www.gov.uk/government/publications/ukraine-country-policy-and-information-notes/country-policy-and-information-note-military-service-ukraine-june-2022-accessible>
  18. **Danish Immigration Service:** “Ukraine: Mobilisation, Entry and Exit (2026)” – <https://us.dk/media/11fhoulf/ukraine-mobilisingentryexitfinal.pdf>
  19. **The Loop (ECPR):** “Ukraine is conscripting its citizens abroad. Is that strictly legal? (2024)” – <https://theloop.ecpr.eu/ukraine-is-conscripting-its-citizens-abroad-is-that-strictly-legal/>
  20. **Hromada Network:** “Return to fight or lose your passport (2024)” – <https://hromada.network/the-new-ukrainian-mobilization-act/>
  21. **OECD:** “Ukraine’s Strategic Response to the Displacement Crisis (2026)” – [https://www.oecd.org/en/publications/ukraine-s-strategic-response-to-the-displacement-crisis\\_9b773da4-en/full-report/ukrainian-migration-and-displacement-crisis-in-numbers\\_84aa775c.html](https://www.oecd.org/en/publications/ukraine-s-strategic-response-to-the-displacement-crisis_9b773da4-en/full-report/ukrainian-migration-and-displacement-crisis-in-numbers_84aa775c.html)
  22. **People in Need:** “Ukrainian refugee crisis: the current situation (2025)” – <https://www.peopleinneed.net/the-ukrainian-refugee-crisis-current-situation-9539gp>
  23. **UNHCR Poland:** “Situation Report (2025)” – [https://www.unhcr.org/pl/sites/pl/files/legacy-pdf/Poland-Situation-2025-RRP-Final\\_EN.pdf](https://www.unhcr.org/pl/sites/pl/files/legacy-pdf/Poland-Situation-2025-RRP-Final_EN.pdf)
  24. **AIDA Poland:** “Temporary Protection Poland (2025)” – [https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2025/07/AIDA-PL\\_Temporary-Protection\\_2024.pdf](https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2025/07/AIDA-PL_Temporary-Protection_2024.pdf)
  25. **Third Country Deportation Watch:** “Poland (2026)” – <https://www.thirdcountrydeportationwatch.org/poland>
  26. **RF Berlin:** “The Refugee Population in Europe in 2025 (2026)” – <https://www.rfberlin.com/cream-report/05-2026/>
  27. **Ukrainska Pravda:** “Germany to cut payments to Ukrainian refugees (2025)” – <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/11/18/8007777/>
  28. **ETIAS:** “EU Sets Path for Ukrainian Refugees’ Transition Period Beyond 2027 Protection (2025)” – <https://etias.com/articles/eu-sets-path-for-ukrainian-refugees%E2%80%99-transition-period-beyond-2027-protection>

29.**Euronews:** “*Could military-age Ukrainian men lose temporary protection status in Germany? (2026)*” – <https://www.euronews.com/my-europe/2026/07/07/could-military-age-ukrainian-men-lose-temporary-protection-status-in-germany>